

Protokoll

der öffentlichen Sitzung (Nr. 29/23-27) des Beirates Neustadt

am Donnerstag, den 18.06.2026,

in der Aula der Wilhelm-Kaisen-Oberschule, Valckenburghstraße 1-3, von 19:00 bis 21:45 Uhr

Anwesend:

Ulrike Heuer	Judith Maschke	Britta Schmidt
Anita Ipach	Anke Maurer	Udo Schmitz
Lars Köke	Janne Müller	Renee Wagner
Gabriele Mahro	Johannes Osterkamp	
Vibke Martens	Azalea Rahman	

Fehlend: Christian Kok (e), Kai Stührenberg (e), Martina Tallgauer-Bolte (e), Colin Nolte

Referent:innen: Frau Findeisen (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung), Herr Prof. Dr.-Ing. Seebo (shp Verkehrsplanung), Herr Stenkhoff (shp Verkehrsplanung)

Gäste: Vertreter:innen der Polizei, der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Fionn Heinemann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Abkürzungen: BM = Beiratsmitglied, BS = Beiratssprecher, OAL = Ortsamtsleitung, FA = Fachausschuss

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung genehmigt. (einstimmig)

Herr Nils Peters stellt sich eingangs als neue Referatsleitung des Kontaktendienstes Süd der Polizei Bremen vor; er tritt die Nachfolge von Frau Freund an.

Herr Dreyer (ebenfalls von der Polizei Bremen) berichtet zum aktuellen Stand der Ermittlungen im Zusammenhang mit den Schusswaffenvorfällen an der Piepe. Die Ermittlungen liefen noch und seien noch nicht abgeschlossen. Positiv sei jedoch zu vermerken, dass das Tatfahrzeug gestellt worden sei und ein Tatverdächtiger sich in Untersuchungshaft befinde. Hinweise auf neuerliche Vorkommnisse in dem Bereich lägen derzeit nicht vor.

TOP 2. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

• Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

- Ein Bürger erkundigt sich nach dem aktuellen Planungsstand zur Klimastraße Delmestraße und fragt, wann offene Fragen öffentlich dargelegt würden. Die OAL teilt mit, dass die zuständige Planungsstelle besetzt werden solle; der aktuelle Sachstand werde erneut abgefragt und in der nächsten Sitzung öffentlich mitgeteilt.
- Ein Bürger beschwert sich über Vermüllung entlang des Fußwegs an der Bastianstraße gegenüber der Rettungseinfahrt in Richtung Leibnizplatz. Die OAL verweist auf den Mängelmelder der Bremer Stadtreinigung.
- Ein Bürger spricht die geplante Umwandlung der Georg-Droste-Straße zur Einbahnstraße an. Ein BM der Fraktion DIE LINKE erklärt, die Umsetzung sei verschoben worden, da Bürger:innen nicht damit einverstanden gewesen seien und ein erneuter Ortstermin stattfinden solle. In der nächsten Sitzung solle eine Entscheidung getroffen werden.

• Berichte der Beiratssprecher

- -

• Berichte des Amtes

- Das Handlungskonzept Stadtbäume Bremen wurde am 28.04.2026 vom Senat und am 04.06.2026 von der Deputation für Umwelt, Klima und Landwirtschaft beschlossen. Informationsflyer können nach der Sitzung gerne mitgenommen werden oder über die Internetseite der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft heruntergeladen werden. www.stadtbaeume.bremen.de

TOP 3. Bericht aus dem Regionalausschuss Klinikum Links der Weser

-/-

TOP 4. Beschlussfassung zur Langemarckstraße

Der BS gibt einleitend einen Überblick über den bisherigen Verlauf des Verfahrens. Der Beirat habe 2022 beschlossen, die Langemarckstraße umzubenennen. Sehr schnell sei jedoch deutlich geworden, dass das Anliegen nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen sei. Der aktuelle Beirat habe daraufhin ein strukturiertes Verfahren aufgesetzt, an dem Bürgerinitiativen sowohl für als auch gegen die Umbenennung beteiligt worden seien. In fünf Sitzungen der Arbeitsgruppe sei erarbeitet worden, wie eine sinnvolle Bürgerbeteiligung aussehen könne; im Rahmen dieses Prozesses hätten zwei Bürgerversammlungen mit offenem Argumentationsaustausch stattgefunden. Dabei sei deutlich geworden, dass eine Mehrheit für die Beibehaltung des Straßennamens sei. Gleichzeitig sei der Umstand thematisiert worden, dass die Benennung durch die Nationalsozialisten erfolgt und der Name zur Kriegspropaganda instrumentalisiert worden sei. Da es zudem bereits eine transnationale Gedenkinitiative rund um Langemarck gebe, biete sich ein gemeinsamer Erinnerungsprozess anstelle einer bloßen Umbenennung an. Auch die Gemeinde Langemark in Belgien habe signalisiert, dass sie keine Umbenennung wünsche, sich jedoch dem gemeinsamen Gedenken anschließen wolle. Der Beirat habe sich daher dazu entschieden, den Umbenennungsbeschluss zurückzunehmen und stattdessen einen gemeinsamen Erinnerungsprozess anzustoßen. Der BS bedankt sich bei der Georg-Elser-Initiative dafür, das Thema überhaupt auf die Agenda gebracht zu haben, ebenso bei der Initiative gegen die Umbenennung, beim Moderator des Verfahrens sowie bei allen Bürger:innen, die sich an dem Bürgerbeteiligungsverfahren beteiligt haben.

Beschluss: Der Beirat Neustadt nimmt Abstand von der Umbenennung der Langemarckstraße und beschließt, den Namen als Ort der kritischen und aktiven Erinnerungskultur dauerhaft umzuwidmen und zu erhalten.

1. Der Beirat Neustadt fordert den Senator für Kultur auf, einen strukturierten und nachhaltigen Erinnerungsprozess zur Geschichte der Langemarckstraße aufzusetzen und zu moderieren. In diesen Prozess sind einzubinden: der Beirat Neustadt, die Landeszentrale für politische Bildung, die Hochschule Bremen, die Bürgerinitiative für den Erhalt der Langemarckstraße sowie die Georg-Elser-Initiative. Zur wissenschaftlichen Fundierung sind zudem Prof. Dr. Konrad Elmsäuser (vormals Staatsarchiv Bremen), Dr. Stefan Goebel (University of Kent) sowie Lisa Beutler (Kulturamt Bad Wildungen) punktuell in den Prozess einzubinden.
2. Im Rahmen dieses Erinnerungsprozesses sind insbesondere folgende Maßnahmen zur aktiven Erinnerungsarbeit zur Geschichte der Langemarckstraße zu prüfen und wo möglich voranzutreiben:
 - a. Die zeitnahe Anbringung von erklärenden Zusatzschildern an den Straßenschildern der Langemarckstraße, die eine historische Kurzbeschreibung sowie einen QR-Code für weiterführende Informationen umfassen;
 - b. Die Etablierung einer Städtepartnerschaft oder vertieften Kooperation mit der belgischen Gemeinde Langemark-Poelkapelle;
 - c. Die aktive Mitwirkung in dem bestehenden bundesweiten losen Netzwerk von Kommunen mit einer Langemarckstraße;

- d. Die Förderung von friedenspädagogischen Jugendprojekten und Gedenkstättenfahrten (z.B. in Kooperation mit dem *In Flanders Fields Museum* in Ypern);
 - e. Die Etablierung eines wiederkehrenden, sichtbaren Gedenk- und Friedensformats im Stadtteil, das inhaltlich an den internationalen Gedenktag zum Ende des Ersten Weltkriegs (11. November) anknüpft.
3. Das Anliegen, den Widerstandskämpfer Georg Elser im Stadtteil zu ehren, nimmt der Beirat weiterhin sehr ernst. Den Vorschlag, den Zentralbereich der Neustadtswallanlagen in "Georg-Elser-Park" zu benennen, wird der Beirat daher in den kommenden Monaten ergebnisoffen prüfen und öffentlich beraten.“

Begründung: Die Diskussion um die Langemarckstraße beschäftigt die Neustadt bereits seit einigen Jahren. Im Jahr 2022 fasste der Beirat Neustadt zunächst den Beschluss zur Umbenennung, um den nationalsozialistisch belasteten Straßennamen abzulösen und Georg Elser zu ehren. In der Folge wurde jedoch deutlich, dass diese Entscheidung von Menschen vor Ort als ein tiefer Eingriff in ihre Lebenswelt empfunden und von vielen abgelehnt wurde. Die intensiven und vielstimmigen Reaktionen aus der Bevölkerung zeigten dem Beirat, dass ein rein repräsentativer Beschluss in einer öffentlichen Sitzung dem Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Mitsprache bei diesem Thema nicht gerecht wurde. Aus dieser Erkenntnis heraus initiierte der Beirat ein umfassendes, transparentes Beteiligungsverfahren, um die Entscheidung auf ein breites gesellschaftliches Fundament zu stellen. Diese Notwendigkeit frühzeitiger Partizipation bei identitätsstiftenden Entscheidungen nimmt der Beirat als wichtige Lehre für sein zukünftiges Handeln an.

Aus der anfänglich starken Polarisierung heraus ist es im anschließenden Verfahren allen Beteiligten – dem Beirat, dem Ortsamt und ganz besonders der Bürgerinitiative für den Erhalt der Langemarckstraße sowie der Georg-Elser-Initiative – in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe gelungen, sich im Konsens auf ein faires Beteiligungsverfahren zu einigen. Dies ist keine Selbstverständlichkeit und zeugt von einem tiefen demokratischen Verständnis aller beteiligten Akteur*innen. Der Dialog der vergangenen Monate war trotz der großen Emotionalität des Themas größtenteils sachlich, konstruktiv und eine Übung in gelebter Demokratie. Ein besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang dem Moderator des Prozesses und der Bewohner*innenversammlungen, Lukas Röber. Er hat durch seine empathische und umsichtige Gesprächsführung und Begleitung maßgeblich zum Erfolg und zur Sachlichkeit dieses mitunter schwierigen Prozesses beigetragen.

Die Befragungen sowie die zwei Bürgerinnen- und Anwohner*innenversammlungen haben ein klares Bild ergeben: Eine deutliche Mehrheit der Bürger*innen lehnt eine Umbenennung ab. Allerdings wurde in den Diskussionen auch der eindringliche Wunsch formuliert, die Langemarckstraße besser und sichtbarer in die Erinnerungskultur im Stadtteil und Bremens insgesamt einzubinden.

Es ist das Verdienst beider Initiativen – der Georg-Elser-Initiative wie der Bürgerinitiative für den Erhalt der Langemarckstraße –, dass die historische Verbindung dieser Straße aus der Vergessenheit gerissen und ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt wurde. Durch ihr beharrliches, wenn auch konträres Engagement ist die Bedeutung dieses Straßennamens als ein Zeugnis der nationalsozialistischen Propaganda im Bremer Alltag der 1930er und 1940er Jahre wieder stärker in das Bewusstsein des Stadtteils gerückt.

Im Laufe des Dialogs trat hierbei ein entscheidendes Argument in den Vordergrund, das dem Beirat bei der ursprünglichen Beschlussfassung nicht in seiner vollen Tragweite präsent war: die transnationale Dimension des Gedenkens. In Deutschland existiert ein loses Netzwerk von Städten mit einer

Langemarckstraße (wie beispielsweise Bad Wildungen), die diesen Namen heute nutzen, um in enger Kooperation mit der belgischen Gemeinde Langemark-Poelkapelle nationenübergreifend an die Gräueltaten des Ersten Weltkriegs zu erinnern. Vertreter der belgischen Gemeinde sowie des In Flanders Fields Museums haben sich an Bremen gewandt und eine Umbenennung als "weder notwendig noch wünschenswert" bezeichnet. Sie plädieren vielmehr für einen gemeinsamen Dialog über das historische Erbe.

Diese Perspektive der aktiven, grenzüberschreitenden Friedensarbeit hat den Beirat nach intensiver Abwägung überzeugt. Der Beirat Neustadt hat daraus eine klare eigene Haltung entwickelt: Deutschland trägt als Aggressor in beiden Weltkriegen eine besondere historische Verantwortung. Die Schlacht bei Langemark 1914 wurde bereits früh zu einem nationalistischen Opfermythos verklärt. Dieser Mythos wurde in der Folge durch das NS-Regime für die eigene kriegsverherrlichende Propaganda und die ideologische Vorbereitung auf den Zweiten Weltkrieg noch weitaus radikaler missbraucht. Diese von deutscher Seite vorangetriebene Propagandageschichte erfordert eine aktive, sichtbare Dekonstruktion im öffentlichen Raum und darüber hinaus. Als Standort einer der größten Langemarckstraßen in Deutschland will die Neustadt diese historische Verantwortung aktiv annehmen und ihr gerecht werden. Der Name muss dauerhaft in der städtischen Erinnerungskultur verankert und mit konkreter, von der Zivilgesellschaft getragener Erinnerungspolitik unterlegt werden.

Dass auch die Georg-Elser-Initiative zu der Überzeugung gelangt ist, dass das Gedenken an die Opfer in Belgien und die Ehrung Georg Elzers nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen, werten wir als starkes Signal des Zusammenhalts im Stadtteil. Der Rückzug ihres Umbenennungsantrags verdient Respekt und Anerkennung. Dies unterstreicht auch unser oberstes Anliegen als Beirat: Wir wollen die Menschen in der Neustadt zusammenführen. Indem wir zwei zutiefst berechnete Erinnerungsanliegen nicht länger als Entweder-Oder begreifen, können wir entstandene Gräben schließen. (einstimmig)

Abschließend verweist die OAL auf ein Projekt zur Kontextualisierung kolonial belasteter Straßennamen, das vom Senator für Kultur aufgesetzt und inzwischen abgeschlossen wurde.

In Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung wurden zunächst die eindeutig kolonial belasteten Straßennamen in Bremen identifiziert. Für alle 27 Straßen- und Platznamen sind inzwischen kritisch kontextualisierende Texte erstellt worden. Diese finden sich ebenso wie erste Texte zu kolonial kritischen Denkmälern auf der Website des Senators für Kultur.

[Straßennamen mit kolonialem Bezug - Der Senator für Kultur](#)

[Denkmäler - Der Senator für Kultur](#)

TOP 5. Beschlussfassung zum Aufenthaltsort / Szenetreff Piepe (Stadtteilbudget)

Stellvertretend für eine Gruppe von Frauen aus dem Bereich Buntentorsteinweg hält eine Bürgerin ein Plädoyer für eine ergebnisoffene Neubewertung des Szenetreffs an der Piepe:

*„Ich möchte hier stellvertretend im Namen einer Gruppe Frauen sprechen, die Anwohner*innen im Buntentor sind. Ich (...) komme aus dem Buntentorsteinweg. Ich bin hier aufgewachsen und meine gesamte Schulzeit ging ich unbeschwert am Szenetreff vorbei, heute als junge Frau macht es mir Angst. Ich möchte zunächst noch einmal deutlich betonen, dass ich mich hier nicht gegen Suchtkranke äußere. Sucht ist eine Krankheit, und Betroffene verdienen Hilfe, Respekt und Unterstützung. Ich stelle die aktuelle Situation und den Standort infrage – nicht die Menschen. Die Entwicklung der vergangenen Jahre macht deutlich, dass die damaligen Voraussetzungen nicht mehr auf die heutige Situation übertragbar*

sind. Deshalb wünsche ich mir eine ergebnisoffene Neubewertung des Standorts und seiner Auswirkungen auf den Stadtteil. Ich möchte zunächst deutlich die Aussage der Beschlussvorlage des Beirats vom 16.06.2026 hinterfragen, dass die suchtkranken Menschen zum großen Teil in der Neustadt leben. Dass dem nicht so ist, wurde uns bereits mehrfach von der Polizei bestätigt und früher kannten und grüßten wir die Trinkerszene, die sich an 2 Tischen und 4 Bänken aufhielten. Heute nehmen wir wahr, dass täglich wechselnde Menschen in hoher Anzahl den Ort frequentieren. Es ist anzunehmen, dass der Ort an der Piepe nicht mehr nur ein Szenetreff, sondern ein stark frequentierter Drogenverkaufsplatz ist. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass suchtkranke Menschen nicht verdrängt werden dürfen. Gleichzeitig darf nicht ausgeblendet werden, dass eine Verlagerung der Szene aus der Innenstadt und dem Bahnhofsumfeld in die Neustadt bereits Realität geworden ist. Die Neustadt übernimmt damit schon heute eine Verantwortung, die weit über die Grenzen des Stadtteils hinausgeht. Wenn sich nun der Beirat der Neustadt entschieden hat, diese Verantwortung für die Stadt Bremen in der Neustadt weiter ausbauen zu wollen, muss die Frage der richtigen Standortwahl dabei ausdrücklich mitgedacht und neu bewertet werden. Um hier nicht zu weit auszuholen, ist die Sauberkeit des Viertels das weit geringere Problem. Mir geht es primär um die reelle Sicherheit und das subjektiv wahrgenommene Sicherheitsgefühl und darum, dass die Anwohnerschaft in Hinsicht auf Sicherheits- und Schutzkonzepte nicht berücksichtigt werden.

1. Die Anwohnerschaft macht sich um ihre Sicherheit nicht nur seit der Messerstecherei im März dieses Jahres und dem Schusswaffengebrauch am 27.05. sehr große Sorgen. Ich selbst habe den Schuss gehört, eine ältere Dame mit Rollator war direkt am Tatort als der Schuss fiel, sie war völlig verängstigt und wurde einem Polizisten versorgt. Vor allem vulnerable Gruppen wie Frauen, Minderjährige und ältere Menschen sind gefährdet. Heute ist hier auch Frau Benamour, die von einem Suchtkranken ohne Vorwarnung vor ca. 6 Wochen tagsüber angespuckt und dann auch angegriffen wurde. 2 Männer retteten sie aus der Situation. Auch ihre 16 jährige Tochter wurde tagsüber vor ca. 14 Tagen zusammen mit ihrer gleichaltrigen Freundin von einem anderen Suchtkranken so stark bedrängt, dass sie Hilfe in einem Ladengeschäft suchen mussten. Derselbe Mann belästigte sie wiederum am nächsten Tag in der Bahn. Frau Benamour brachte den Angriff auf sie zur Anzeige und man sagte ihr, „das hat der Suchtkranke morgen schon alles wieder vergessen“, sie aber ist nun stark verängstigt und der Übergriff belastet sie noch heute. Sie würde nun am liebsten aus der Neustadt wegziehen, dazu fehlen ihr als allein-erziehende Mutter nur leider die finanziellen Mittel. Frau Lo Russo, eine Tätowiererin, die ihren Laden in der Osterstraße hat, wurde tagsüber überfallen, ihre Geldbörse gestohlen und sie wurde schon mit einer Spritze bedroht, und sagt deutlich, dass sie hier vor Ort an Ihrem Arbeitsplatz Angst hat. Kundschaft sagte Ihr, dass Ihr Laden in keiner guten Gegend sei. Ältere Frauen bitten in der Bäckerei auf die Straßenbahn warten zu dürfen, weil sie an der Haltestelle derart bedrängt werden, eine weitere ältere Dame berichtet von einer Suchtkranken geschubst worden zu sein, als sie ihr kein Geld geben wollte. Aktuell kam es am Montag innerhalb der Bäckerei wieder zu einem Polizeieinsatz wegen einem Suchtkranken, der obwohl er von mehreren Kunden Geld bekam, den Laden nicht verließ und aggressiv wurde. Die Bäckereifachverkäuferin möchte jetzt kündigen, da sie mittlerweile so viele Vorfälle erlebt hat, dass sie sich an ihrem Arbeitsplatz nicht mehr sicher fühlt. Das sind keine Einzelfälle mehr, das zieht sich wie ein roter Faden durch das Viertel. Und das sind nur die Vorfälle, die wir selbst in Erfahrung gebracht haben. Aus Sicht der Anwohnerschaft ist nicht erkennbar, wie der Einsatz von mehr Polizei, mehr Ordnungsdienst oder mehr Streetwork die Situation verbessern sollen.

2. Ein weiteres Sicherheitsrisiko ist der Straßenverkehr, immer wieder mit Fotos belegt und auch polizeilich gemeldet, stehen Suchtkranke mitten auf der Fahrbahn, beziehungsweise überqueren die Fahrbahn, ohne zu schauen. Ein Suchtkranker stellte sich Anfang Juni nachts auf die Fahrbahn, hielt Autos an, stellte sich davor, schrie sehr laut, schlug mit der einen Faust auf die Motorhaube des Autos ein und hielt in der anderen Hand einen Becher, um darin Geld zu erhalten- polizeilich dokumentiert. Nachdem im März bereits ein Suchtkranker angefahren und ins Krankenhaus gebracht wurde, kam es am Freitag vor 2 Wochen gegen 23.00 Uhr dann zu einem sehr furchtbaren Unfall. Eine in unserem Viertel von vielen Anwohner:innen bekannte Suchtkranke überquerte, ohne zu schauen den Buntentorsteinweg und ein 28 jähriger Autofahrer fuhr die Frau so stark an, dass Sie noch vor Ort im Krankenwagen durch le-

benserhaltene Maßnahmen versorgt werden musste. Unser starkes Mitgefühl gilt hier der suchtkranken Frau und ich hoffe, dass sie wieder vollkommen genesen wird, ebenso gilt unser Mitgefühl dem jungen Autofahrer, auch er kann durch den Unfall traumatisiert sein. Und was passiert, wenn Autofahrer:innen, was durchaus eine verständliche Reaktion ist, einer plötzlich auf der Straße stehenden Person ausweichen und in den Gegenverkehr lenken? Dann sind weit mehr Personen in einen solchen Unfall verwickelt.

3. Einbrüche und Diebstähle haben deutlich zugenommen und beeinträchtigen ebenso das Sicherheitsgefühl deutlich.

4. Vor allem ist die Anwohnerschaft äußerst besorgt über den erheblichen und gefährlichen Drogenhandel, der nach ihrer Wahrnehmung am Szenetreff stattfindet. Mehrere Anwohner:innen haben sich darüber ausgetauscht, dass die agierenden Drogendealer offensichtlich mit Messern bewaffnet sind und sich uns Anwohner:innen demonstrativ so auch zeigen, selbstverständlich wenn die Polizei nicht vor Ort ist. Nach dem Schusswaffenvorfall war für etwa zwei Wochen eine deutlich erhöhte Polizeipräsenz festzustellen. Regelmäßig stand über mehrere Stunden ein Streifenwagen im Bereich Buntentorsteinerweg/Osterstraße. In dieser Zeit hielten sich zwar sichtbar weniger suchtkranke Menschen am Szenetreff auf, dennoch wurden nach Beobachtungen der Anwohnerschaft weiterhin sehr viele Drogengeschäfte unter den Augen der Polizei abgewickelt. Um Zahlen zu haben wurden Vorgänge über einen längeren Zeitraum dokumentiert. Uns ist es ein besonderes Anliegen, dass vulnerable Gruppen hier nicht gegeneinander ausgespielt werden. Mit diesem Redebeitrag möchten wir darauf hinweisen, dass die Belange aller in diesen Stadtteilen Lebenden und Beschäftigten gesehen werden sollen.

Hier meine Fragen:

1. Vor dem Hintergrund der seit 2024 beobachteten Veränderungen im Suchtverhalten, insbesondere im Zusammenhang mit Crackkonsum, nehmen wir an, dass bestimmte mit Beschaffungskriminalität verbundene Straftaten, etwa Einbruchdiebstähle, Ladendiebstähle, Raubdelikte, Körperverletzungsdelikte, Bedrohung und Nötigung in den Vierteln zugenommen haben. Welche Maßnahmen bzw. Schutzkonzepte -über den Einsatz von Ordnungsdienst und Streetwork hinaus - planen Sie, um uns Anwohner:innen diesbezüglich zu schützen? Insbesondere vulnerable Gruppen, wie Minderjährige, behinderte Menschen, ältere Menschen und Frauen.
2. Wie gewährleisten Sie, dass sich der Szenetreff nicht zunehmend geschäftsschädigend auf die anässigen Läden, Cafes und Dienstleister:innen auswirkt? Und daraus Ladenleerstand entsteht?
3. Wie beabsichtigen Sie, zu sichern, dass die Suchtkranken, nicht regelmäßig auf der Fahrbahn stehen?
4. Wie trennen Sie nachhaltig den Drogenhandel und den Aufenthalt der suchtkranken am Szenetreffpunkt? Insbesondere in dem sehr intensiven Drogenhandel sehen wird die Hauptursache für die hohe Frequentierung und die Sicherheitsproblematik hier vor Ort.
5. Wie gewährleisten sie, dass es nicht zu weiterem Messer- und Schusswaffengebrauch kommt?“

Die OAL berichtet anschließend von einem geplanten Runden Tisch zur Thematik, zu dem auch Anlieger:innen und die Petentinnen eingeladen werden sollen.

Mehrere Bürger bekräftigen das vorgetragene Anliegen und betonen, dass der Drogenkonsum und die damit verbundene Kriminalität in der Umgebung so stark zugenommen habe, dass die Anwohnerschaft mittlerweile Angst habe, das Haus für längere Zeit zu verlassen, da Einbrüche befürchtet würden. Nahezu jeder habe bereits Einbrüche erlebt. Offener Drogenverkauf sei an der Tagesordnung.

Der BS erklärt anschließend, dass sich die Situation an der Piepe unbestreitbar verändert habe. Es sei deutlich geworden, dass ähnliche Problemlagen wie zuvor am Lucie-Flechtmann-Platz, am Hauptbahnhof und an anderen Orten nun auch hier aufträten. Das bedeute jedoch zugleich, dass der Beirat die zugrundeliegenden Probleme trotz aller Bemühungen nicht allein lösen könne. Was der Beirat tun könne, sei, die Anliegen an die richtigen Adressaten heranzutragen: die Bremer Stadtreinigung (DBS) zur Sicherstellung der Sauberkeit, die zuständigen senatorischen Behörden zur Bereitstellung von Hilfsangeboten, sowie die Förderung des Austauschs zwischen allen Beteiligten im Rahmen eines Runden Tisches. Die Verdrängung der Szene vom Hauptbahnhof habe maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die Problemlage in den Stadtteilen verschärft habe; eine erneute Verdrängung löse das zugrundeliegende Problem keineswegs. Bei psychisch erkrankten Menschen brauche es eine andere Herangehensweise als reine Verdrängung. Die zuvor gezielt vom Lucie-Flechtmann-Platz an den Hohentorspark verlagerte Situation habe sich dort inzwischen deutlich beruhigt und sei seiner Wahrnehmung nach unter Kontrolle. Der Beirat habe sich bereits erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Mittel der Drogenhilfestrategie massiv aufgestockt würden, um eine dezentrale Einrichtung zu ermöglichen. Eine geeignete Fläche oder Immobilie hierfür zu finden, sei jedoch nicht einfach; der Beirat setze sich dennoch weiter dafür ein. Einfache Lösungen gebe es nicht, weshalb der Beirat den schwierigeren Weg eines gemeinsamen Vorgehens über einen Runden Tisch mit allen Beteiligten wähle. Der BS dankt abschließend für die klaren Worte der Bürger:innen, da diese eine offene Aussprache ermöglicht hätten.

Ein Beiratsmitglied der FDP-Fraktion fragt die anwesenden Polizisten, ob offener Drogenhandel an der Piepe bekannt sei und was dagegen unternommen werde. Herr Dreyer (Polizei) antwortet, dass der Bereich einen Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit darstelle und entsprechende Hinweise sehr ernst genommen würden. Wichtig sei, dass die Bevölkerung bei beobachteten Vorfällen den Notruf wähle, da häufig keine Meldungen erfolgten. Hinsichtlich des Drogenhandels sei die Polizei dort gezielt tätig und arbeite mit Hochdruck gemeinsam mit der Kriminalpolizei an der Bekämpfung.

Ein Mitglied der SPD-Fraktion äußert Verständnis für die vorgetragenen Sorgen der Bürger:innen und verweist auf die Verschärfung der Situation. Bei der vorangegangenen Verlagerung an den Hohentorspark habe es an einer ausreichenden Bürgerbeteiligung gefehlt; dieser Fehler solle diesmal nicht wiederholt werden, weshalb Bürger:innen direkt in den geplanten Runden Tisch einbezogen würden.

Beschluss:

- 1. Der Beirat Neustadt richtet schnellstmöglich einen ressortübergreifenden „Runden Tisch Piepe“ ein. Zu diesem werden Vertreter*innen der Senatorin für Inneres und Sport, der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration sowie der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, das Ordnungsamt, die Polizei, der Umweltbetrieb Bremen (UBB), Die Bremer Stadtreinigung (DBS), Träger der sozialen Arbeit, Vertreter*innen der Beiratsfraktionen, angrenzende Einrichtungen (z.B. Martinshof und Martinsclub), unmittelbare Anwohner*innen sowie Vertreter*innen der Petent*innen, und der umliegenden Gewerbetreibenden eingeladen, um eine langfristige abgestimmte Perspektive für die Piepe zu erarbeiten.**
- 2. Der Beirat Neustadt bittet die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sowie die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, zeitnah Streetwork an der Piepe zu etablieren. Diese dringend benötigte Maßnahme darf nicht zulasten anderer bestehender Streetwork-Angebote im Stadtteil gehen.**
- 3. Zur Sicherstellung der Sauberkeit spricht sich der Beirat für die Aufstellung spezieller Mülleimer an der Piepe aus. Zudem ist der Standort in die festen Reinigungsintervalle des speziellen Einsatzteams der DBS zur Reinigung von Hotspots aufzunehmen.**

4. Der Beirat Neustadt bekräftigt in diesem Zusammenhang erneut die Notwendigkeit der zügigen Umsetzung einer festen, dezentralen Drogenhilfeeinrichtung in der Neustadt gemäß der Integrierten Drogenhilfestrategie und der vorherigen Beschlüsse des Beirats Neustadt.
5. Der Beirat Neustadt bittet um die kurzfristige Aufstellung und regelmäßige Wartung einer (Dixi)-Toilette am Standort Piepe, um die hygienische Situation für alle Beteiligten spürbar zu verbessern.
6. Der Beirat Neustadt ist bereit, sich an der gestalterischen und infrastrukturellen Aufwertung des Ortes mit Mitteln aus dem Stadtteilbudget zu beteiligen.

Begründung: Der Beirat Neustadt nimmt die Sorgen der Anwohner*innen und Gewerbetreibenden sowie der umliegenden Einrichtungen, wie sie in der aktuellen Petition an die Bremische Bürgerschaft geäußert werden, ernst. Die Belastungen im direkten Umfeld der Anlage sind unbestritten und erfordern gemeinsames Handeln. Dennoch spricht sich der Beirat gegen die in der Petition geforderte Schließung des Ortes und eine damit verbundene Verdrängung der Szene aus. Die Piepe ist bereits seit Jahrzehnten ein etablierter und tolerierter Treffpunkt im Stadtteil. Hat sich dort früher primär eine Trinkerszene aufgehalten, so ist der Ort heute zunehmend Anlaufpunkt für drogenerkrankte Menschen, die zum großen Teil in der Neustadt leben und hier ihr soziales Umfeld haben. Der Beirat erkennt an, dass die Piepe für viele dieser Menschen ein wichtiger sozialer Treffpunkt ist.

Die Erfahrungen aus der jüngsten Vergangenheit belegen, dass eine bloße Verdrängung die grundlegenden Probleme nicht löst. Vielmehr führt sie zu einer unkontrollierten Verlagerung in andere, teils sensiblere Bereiche des Quartiers. Suchtkranke Menschen benötigen Aufenthaltsorte, an denen sie sich ohne ständigen Verdrängungsdruck aufhalten können und durch das Hilfesystem verlässlich erreichbar sind. Nur so kann präventiv und unterstützend gewirkt werden, was letztlich auch der Nachbarschaft zugutekommt. Dies verdeutlicht einmal mehr den ohnehin bestehenden und dringenden Bedarf an einer dezentralen Drogenhilfeeinrichtung in der Neustadt. Die Reaktion auf die Verhältnisse vor Ort darf sich nicht in einer bloßen Verlagerung der Problemlagen erschöpfen, sondern muss mit klaren Zuständigkeiten, ausreichender sozialer Begleitung, verlässlichen Hilfsangeboten und einer verbindlichen Einbindung der betroffenen Quartiere verbunden sein.

Um die Situation an der Piepe für alle Seiten verträglicher zu gestalten, bedarf es eines abgestimmten und transparenten Vorgehens. Aus diesem Grund initiiert der Beirat den Runden Tisch unter Einbeziehung der unmittelbaren Anwohnerschaft, der Petent*innen, der betroffenen Einrichtungen, der Gewerbetreibenden und der Verwaltung, um gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Ein bloßer Ort des Aufenthalts reicht jedoch nicht aus; er muss von sozialpädagogischen Maßnahmen flankiert werden, um den Menschen vor Ort Perspektiven und Hilfestellungen zu bieten.

Ebenso wichtig ist die Gewährleistung grundlegender hygienischer Standards im öffentlichen Raum. Eine angepasste Müllentsorgung und häufigere Reinigungsintervalle durch die Fachkräfte der DBS sowie die Bereitstellung einer Toilette sind unerlässlich.

Der Beirat Neustadt ist grundsätzlich bereit, sich an der gestalterischen und infrastrukturellen Aufwertung des Ortes mit Mitteln aus dem Stadtteilbudget zu beteiligen. Entsprechende Pläne seitens der Behörden liegen bereits vor und in der Vergangenheit hat sich die Szene selbst um die Pflege des Ortes bemüht. Der Runde Tisch soll die inhaltliche Grundlage dafür bilden, wie eine solche Aufwertung in ein Gesamtkonzept eingebettet werden kann. Auf Basis dieser Ergebnisse wird der Beirat im weiteren Verlauf über eine mögliche finanzielle Unterstützung aus dem Stadtteilbudget beraten. (11 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, 1 Nein-Stimme)

TOP 6. Beschlussfassung zur Einführung von Bewohnerparken

Der BS betont, dass der Beirat bereits in den vergangenen 20 Jahren mehrfach Beschlüsse zur Einführung von Bewohnerparken gefasst habe. Dies sei wichtig, da es im Quartier in erheblichem Maße Fremdpendende gebe, die den ohnehin bestehenden Parkdruck erhöhen. Er freut sich, dass die Einführung nun endlich angegangen werde.

Beschluss: Der Beirat Neustadt bittet die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, in der westlichen Neustadt drei Bewohnerparkzonen einzurichten. (einstimmig, bei 2 Enthaltungen)

TOP 7. Parken in Quartieren: Stellungnahme zu verkehrlichen Anhörungen

Der BS verließ nachfolgende Stellungnahme:

Der Beirat Neustadt nimmt die im Rahmen der Umsetzung des Konzepts „Parken in Quartieren“ seitens des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) übermittelten straßenverkehrsbehördlichen Anhörungen, die im Zeitraum vom 21.05.2026 bis zum 18.06.2026 im Ortsamt eingegangen sind, zur Kenntnis. Künftige Anhörungen in diesem Zusammenhang, die während der sitzungsfreien Zeit des Beirates im Ortsamt eingehen, sollen per Fristablauf zur Kenntnis genommen werden, sodass die weiteren Schritte zur Umsetzung des Konzeptes schnellstmöglich erfolgen können.

Die OAL stellt die Kenntnisnahme des Beirates fest.

TOP 8. Parken in Quartieren: Zweite Präsentation zum Konzept

Zunächst stellt Frau Findeisen (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, SBMS) die geplanten Maßnahmen zum Bewohnerparken anhand einer [Präsentation](#) vor.

Auf eine Frage zum Rückgang der Bewohnerparkausweise erläutert Frau Findeisen, dass der entsprechende Stichtag geprüft worden sei; das vorgestellte Balkendiagramm beziehe sich auf das gesamte Stadtgebiet.

Auf die Frage zur Delmestraße, warum diese nun in den Plänen enthalten sei, obwohl beim letzten Mal mitgeteilt worden sei, dass sie aufgrund ihrer Funktion als Klimastraße nicht einbezogen werde, stellt Frau Findeisen klar, dass sich die damalige Aussage ausschließlich auf Maßnahmen zum Ordnen des Parkens bezogen habe. Das Bewohnerparken hingegen werde für das gesamte Quartier eingeführt, unabhängig von der Klimastraßen-Planung.

Auf die Frage, ob die Beantragung digital erfolge, antwortet Frau Findeisen, dass derzeit eine Online-Bearbeitung möglich sei, ein vollständig digitales System jedoch noch nicht bestehe. Übergangsweise erfolge die Handhabung noch papierbasiert; dies solle jedoch so schnell wie möglich umgestellt werden. Die Ordnungskräfte könnten über die Kennzeichenerfassung prüfen, wer im Besitz eines gültigen Ausweises sei.

Auf die Frage, was mit etwaigen Überschüssen aus den Gebühren für das Bewohnerparken geschehe, obwohl kein Anspruch auf einen Stellplatz bestehe, antwortet Frau Findeisen, dass die Einnahmen unter anderem zur Verbesserung des ÖPNV genutzt würden. Eine zusätzliche Kontingentierung etwa nach dem Windhundprinzip oder per Verlosung stelle keine sachgerechte Lösung dar; gewünschter Effekt der Bewirtschaftung sei vielmehr eine generelle Reduzierung des Parkdrucks.

Ein Bürger kritisiert, dass der Parkdruck durch die geplanten Maßnahmen in Wahrheit eher steige, da die angekündigten Quartiersgaragen –wenn überhaupt– erst in einigen Jahren realisiert würden.

Es wird zudem gefragt, ob für neuralgische Bereiche wie die Schule Delmestraße oder den Verein BTS Neustadt noch Flexibilität bestehe.

Anschließend stellt Herr Prof. Dr.-Ing. Seebo (shp Verkehrsplanung) die Ergebnisse der Parkraumerhebung ebenfalls anhand einer Präsentation vor. Herr Stenkhoff (shp Verkehrsplanung) geht auf die Planungen für das einseitige Fahrbahnparken ein.

Ein Beiratsmitglied der FDP-Fraktion bedankt sich für die Ausführungen und fragt nach konkreten Zahlen zum Wegfall von Stellplätzen sowie danach, wie Fremdparkende identifiziert würden. Herr Prof. Dr.-Ing. Seebo antwortet, dass aktuell insgesamt (inklusive des geduldeten illegalen Gehwegparkens) 3.657 Stellplätze vorhanden seien, künftig würden es 2.891 sein. Im Quartier Hohentor blieben 76 % der Stellplätze erhalten, im Quartier Neustadt 79 % und im Quartier Alte Neustadt 84 %. Die Identifikation von Fremdparkenden könne erst nach Vorliegen der Bewohnerparkausweise durch den Ordnungsdienst verifiziert werden.

Die Fraktion DIE LINKE zeigt sich überrascht, wie großzügig insgesamt mit dem motorisierten Individualverkehr umgegangen werde, da ein Großteil der Stellplätze erhalten bleibe. Am Beispiel der Weizenkampstraße wird gefragt, warum dort beidseitiges aufgesetztes Parken zulasten der Barrierefreiheit zugelassen werde. Herr Prof. Dr.-Ing. Seebo erläutert, dass die Barrierefreiheit in der Weizenkampstraße grundsätzlich gegeben sei; in Sonderfällen mit Begegnungsstellen müsse abschnittsweise ausgewichen werden, dennoch stelle dies eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Status quo dar. Frau Findeisen ergänz, dass die vorgesehenen Sonderquerschnitte nur für eine Übergangszeit gelten und perspektivisch überprüft werden. Das zugrundeliegende Gerichtsurteil fordere ein ausgewogenes Vorgehen, das nicht ausschließlich die Barrierefreiheit, sondern auch den Parkdruck berücksichtige; Barrierefreiheit könne in Einzelfällen auch über Begegnungsstellen hergestellt werden. Insgesamt handele es sich um ein ausgewogenes Vorgehen, das für alle Beteiligten Härten mit sich bringe und letztlich für alle Seiten zu wenig sei.

Die SPD-Fraktion erinnert an die Zusage aus der vorangegangenen Sitzung, straßenzuggenaue Pläne vorzustellen, und fragt, wann die Anwohnenden diese detaillierten Pläne einsehen könnten. Frau Findeisen antwortet, dass die Planungen weiterhin liefen; aktuell fänden die Anhörungen statt, zwei Quartiere seien bereits abgeschlossen, ein weiteres befinde sich in Bearbeitung. Der Prozess befinde sich im vollen Gange, die Fachpläne müssten anschließend für die Öffentlichkeit aufbereitet werden.

Ein Beiratsmitglied der FDP-Fraktion betont, dass Barrierefreiheit zwar wichtig sei, die Sorgen der Anwohnenden jedoch ebenso nachvollziehbar seien.

Im Rahmen der Bürgerfragen erläutern die Referenten auf entsprechende Nachfragen aus dem Publikum, dass beim Wegfall einer von zuvor zwei Parkreihen auf der verbleibenden Seite Fahrradbügel eingerichtet würden, damit keine „Rennstrecke“ für den fließenden Verkehr entstehe.

Zu Ausnahmegenehmigungen für Pendelnde wiederholt Frau Findeisen sinngemäß die bereits in der vorangegangenen Sitzung gegebene Auskunft: Das Bewohnerparken privilegiere die Anwohnenden; Pendlerinnen und Pendler müssten auf Park-and-Ride-Angebote oder andere Alternativen umsteigen. Man sei sich bewusst, dass dies für alle Beteiligten Härten mit sich bringe, sehe jedoch keine andere Möglichkeit, eine tatsächliche Verhaltensänderung zu erzielen.

Zu Befürchtungen aus anderen Ortsteilen, dass sich der Parkdruck dorthin verlagern könnte, wird ausgeführt, dass die übrigen Gebiete im Rahmen der weiteren Stufen des Konzepts ebenfalls schrittweise umgesetzt würden.

Auf die Frage nach Beginn und Ende des Pilotprojekts sowie einer wissenschaftlichen Begleitung wird mitgeteilt, dass der detaillierte Zeitplan zum Abschluss der Sitzung dargestellt werde. Der Beginn der konkreten Planungen sei bereits im November 2025 erfolgt, der Start des Bewohnerparkens sei für November 2026 vorgesehen. Eine wissenschaftliche Begleitung sei nicht vorgesehen, eine Auswertung werde jedoch durch die Behörde selbst erfolgen. Maßgeblich für das Handeln seien die zugrundeliegende Klage und das entsprechende Gerichtsurteil.

Ein Bürger kritisiert, dass rund 20 % der Parkplätze entfielen und die Schaffung zusätzlicher Fahrradbügel keine wirkliche Hilfe darstelle, da man sein Rad aufgrund von Diebstählen nachts ohnehin nicht draußen stehen lassen könne.

Auf die Frage, ob das Konzept insgesamt noch gekippt werden könne, wird geantwortet, dass das zugrundeliegende Gerichtsurteil umgesetzt werden müsse und das Konzept insofern nicht zur Disposition stehe.

Die Frage, ob ein Bewohnerparkausweis nur bei entsprechender Meldeadresse im Quartier beantragt werden könne, wird bejaht.

Auf die Frage, wie mit Falschparkenden umgegangen werde, wird geantwortet, dass bereits Kontakt zum Ordnungsdienst bestehe und eine entsprechende Überwachung zugesagt worden sei; andernfalls würde der Sinn des Konzeptes verfehlt.

Der BS bedankt sich abschließend erneut für die aus seiner Sicht sehr gelungene und umfassende Planung. Er betont, dass die Maßnahmen weiterhin aus einer Notwendigkeit heraus erarbeitet würden und einen klaren Gewinn an Barrierefreiheit und Aufenthaltsqualität bedeuteten, dies jedoch mit dem Preis weniger Parkplätze einhergehe. Wer sichere Wege für die schwächsten Verkehrsteilnehmenden wolle, müsse diesen Kompromiss eingehen. Der Ausgleich der unterschiedlichen Interessen bleibe äußerst komplex; die Ausführungen gingen einigen zu weit, anderen griffen sie zu kurz. Es handele sich um einen schwierigen Spagat. Der BS bedankt sich bei allen Beteiligten für die intensive Begleitung des Prozesses.

Johannes Osterkamp
Beiratssprecher

Uwe Martin
Sitzungsleitung

Fionn Heinemann
Protokollführung